

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Ministerpräsidentin,
Liebe Helle,
Sehr geehrte Präsidentin des Ausschuss der Regionen,
Liebe Mercedes,
Sehr geehrte Damen und Herren,
ich freue mich sehr, heute bei Ihnen zu sein. Ich war selbst elf Jahre lang
Bürgermeister in Würselen, einer kleinen Stadt in Nord-Rheinwestfalen.

Eine Bergbaustadt, die mit den Folgen des Strukturwandels zu kämpfen hatte.
Und ich sage Ihnen: das war der anstrengendste Job, den ich je hatte.

Die Kommunalpolitik ist ein hartes Brot. Deshalb, ziehe ich den Hut vor Ihnen.
Ich weiß, was Sie jeden Tag leisten. Welche Herausforderungen Sie jeden
Tag meistern. Dafür verdienen Sie unseren Respekt.
Ich freue mich ganz besonders, dass wir heute in Kopenhagen tagen.

Kopenhagen ist eine Stadt, die für Ihre hohe Lebensqualität bekannt ist.

Eine Stadt, die bis 2025, die erste Karbon-neutrale Stadt auf der Welt sein
will.

Eine Stadt, die uns zeigt, wie eng die kommunale und die europäische Ebene
verknüpft sind. Ganz besonders jetzt, zu Zeiten der Dänischen
Ratspräsidentschaft.
Für ihre Gastfreundschaft möchte ich der Dänischen Präsidentschaft, und dir
Helle, herzlich danken.

"Stadtluft macht frei" sagte man in Deutschland im Mittelalter. Damals konnte
ein Leibeigener, der vor seinem Herrn in die Stadt geflohen war, nach einem
Jahr und einen Tag seine Freiheit erlangen.

In ganz Europa waren Städte das Herz des kulturellen und politischen
Lebens, der Wirtschaft und der Demokratie.

Noch heute ziehen Millionen Menschen auf der ganzen Welt in Städte, in der Hoffnung auf ein besseres Leben - wirtschaftlich, politisch, sozial.

Die Stadt hat ihre ungemein große Strahlkraft behalten.

Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein, sagte Kofi Annan.

Bis 2050 werden 80 Prozent der Weltbevölkerung in Städten wohnen. Immer mehr Menschen werden immer enger zusammen leben.

Die Stadt ist der Ort, an dem sich der Wandel kulminiert: vom Strukturwandel bis zum demographischen Wandel.

Die Stadt ist der Ort, an dem sich die Herausforderungen kristallisieren: vom Klimawandel bis zur Migration. Das macht klar: die Zukunft unserer Erde wird in den Städten entschieden.

Europa ist bereits heute ein sehr stark urbanisierter Kontinent: drei Viertel aller Europäer leben in Städten und ihr Anteil wird weiter steigen.

Ob klein oder groß, in den Städten schlägt Europas industrielles Herz. Unsere Städte sind unsere Innovationszentren. Unsere Städte müssen vor allem aber auch die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen: nach Arbeit, Wohnraum, guten Schulen und Krankenhäuser, sauberem Wasser, sicheren und zuverlässigen Transportmitteln sowie Energieversorgung.

Das bezeichnen wir als Daseinsvorsorge. Der offene und gleichberechtigte Zugang zu hochleistungsfähigen öffentlichen Dienstleistungen ist für mich ein Grundrecht aller europäischen Bürger, ein Grundstein des europäischen Gesellschaftsmodells.

Die Aufgabe der Europäischen Union muss es sein, angemessene Standards zu garantieren und gute öffentliche Dienstleistungen als konkreten Ausdruck europäischer Staatsbürgerschaft zu begreifen.

Deshalb brauchen wir auch dringend ein Europäisches Rahmengesetz für öffentliche Dienstleistungen, das Rechtssicherheit gibt und die Lokalautonomie der öffentlichen Dienste schützt.

Denn sozialer Fortschritt, das bedeutet konkret die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingung der Menschen.

Jetzt in der Krise, sind gerade die öffentlichen Dienstleistungen von Kürzungen betroffen.

Die Sozialleistungen, die zusammengestrichen werden. Das Schwimmbad, das geschlossen wird. Die Bibliothek, die keine Bücher mehr kaufen kann. Der Tunnel, der nicht fertig gebaut wird.

Die Städte müssen mit einem enormen Spardruck klar kommen. Sie müssen mehr mit weniger Geld machen.

Denn gleichzeitig stehen ganz besonders die Ballungsgebiete vor der großen Herausforderung ihre Wachstumsdynamik in nachhaltige Bahnen zu lenken.

Während der Industrialisierung verlief die Urbanisierung auf der Basis scheinbar unbegrenzter Energie. Städtebau, Verkehrsplanung, Energieversorgung - sie alle bauten auf billigem Öl, Kohle und Benzin auf.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zunehmenden Ressourcenknappheit müssen Städte weiterhin die Bedürfnisse der Menschen befriedigen -

- jedoch ohne die Luft zu verpesten und das Wasser zu vergiften.

Dafür bedarf es eines radikalen Umbaus der Stadt - hin zu mehr Energieeffizienz.

Eine weitere Herausforderung vor der Städte in Zeiten der Krise und in Zeiten der Globalisierung stehen ist, die soziale Ausgrenzung von Menschen und ganzen Stadtteilen zu bekämpfen: Arbeitslose und Migranten nicht auszuschließen, den sozialen Zentrifugalkräften Einhalt gebieten zwischen Gentrifizierung und Gettoisierung.

Städte drohen von Orten der Integration zu Orten der Exklusion zu werden. Das gilt es zu bekämpfen.

Für beides, um energieeffiziente und sozial integrierte Städte zu schaffen, braucht es eine neue Vision für die Stadt von morgen.

Nachhaltigkeit und Innovation sind zwei Seiten derselben Medaille. Um nachhaltige Städte zu bauen, brauchen wir gerade das Innovationspotential, das Städte uns bieten.

In Städten lassen sich wissensbasierte Unternehmen nieder, werden neue Modelle des Zusammenlebens über Generationsgrenzen und Kulturen hinweg ausprobiert, neue Verkehrskonzepte realisiert.

Um Städte zum Motor eines nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs zu machen sind nachfolgende Schritte notwendig:

- eine low-carbon-Strategie
- Energieeffizienz in öffentlichen und privaten Gebäuden
- städtische Erneuerung
- die Verringerung der Umweltverschmutzung
- die Schaffung von umweltverträglichem Transport

Ob es gelingen wird, lebenswerte, sichere und Ressourcen schonende Städte zu bauen, oder ob die Horrorvisionen der Megacities Realität werden, das wird auch an den Bürgern liegen.

Daran ob sie ihre Stadt auch als ihre Sache, ihr Gemeinwesen, ihre Verantwortung annehmen.

Denn das sind europäische Städte durch die Geschichte hinweg auch gewesen: Räume der Demokratie, Räume der bürgerlichen Selbstverwaltung und des Engagements.

Ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen ist ein Europa der Kommunen: dezentral, subsidiär, demokratischer und bürgernäher.

Der Einfluss der EU auf die Kommunen ist in den letzten Jahren beständig gewachsen.

Viele Normen, Gesetze und Richtlinien, die in Brüssel verabschiedet werden, müssen in den Städten umgesetzt werden - von der Feinstaubrichtlinie bis zum EU-Wahlrecht.

Doch auch die Stadtpolitik rückt immer mehr in den Fokus der Europäischen Politik.

Nicht zuletzt bei der Kohäsionspolitik: hier wird die städtische Dimension im Zeitraum von 2007-2013 mit 21,1 Milliarden Euro unterstützt.

Das Geld fließt in einen ganzen Katalog von notwendigen Maßnahmen wie etwa die Sanierung von Industrieflächen und verschmutzter Areale, Investitionen in Infrastruktur für Forschung und Entwicklung oder innovative und nachhaltige Lösungen im Bereich der öffentlichen Transportmittel.

Zudem werden auch Weiterbildungen und soziale und kulturelle Projekte gefördert.

Außerdem werden - etwa mit der JESSICA-Initiative - neue Finanzierungsinstrumente getestet, die im Namen eines nachhaltigen Entwicklungskonzepts zunehmend auch private Geldgeber in die Projekte einzubinden versuchen.

Die Regionen und Städte sind unverzichtbare strategische Partner um das zentrale Ziel der Europa 2020-Strategie zu erreichen: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Wir im Europäischen Parlament glauben, dass europäischen Prioritäten nur im Einklang mit lokalen Bedürfnissen umgesetzt werden können.

Auch wenn wir alle an einem Strang ziehen, müssen kulturellen, territorialen und historischen Unterschieden in Europas Regionen und Städten Rechnung getragen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass wir alle Stakeholder auf allen Ebenen - der kommunalen, der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene stärker einbeziehen müssen.

Wenn die Europa 2020-Strategie nicht das gleiche Schicksal ereilen soll wie ihrer Vorgängerin, dann müssen den Worten endlich Taten folgen!

Wir können nicht ehrgeizige EU-2020 Ziele formulieren, die in Brüssel groß verkündet und dann in den nationalen Hauptstädten nicht eingehalten werden.

Weil die nationalen Ziele dahinter zurückbleiben. Weil nicht ausreichend Mittel in den nationalen Haushalten bereitgestellt werden.

Dies müssen wir auch bei der Diskussion um die zukünftige finanzielle Vorausschau im Auge behalten.

Der EU-Haushalt ist kein Defizithaushalt sondern ein Umlagehaushalt - die größte wachstumsstimulierende Maßnahme in Europa.

Wenn die Staats- und Regierungschefs den EU-Haushalt kürzen, dann kürzen sie Ihre eigenen Wachstumspotenziale.

Das gilt auch für Netto-Zahler.

Fallen nämlich die EU-Gelder aus der Kohäsionspolitik weg, kommen die Regionen und Städte in die Bredouille bei der Finanzierung von Strukturmaßnahmen.

Die Kürzung des EU-Haushalts mag sich gut anhören, zunächst öffentlich populär sein, langfristig ist sie aber ein Eigentor.

Wenn wir lebenswerte und wirtschaftlich starke Städte wollen, brauchen wir ambitionierte Investitionen.

Die Ernte wird nachhaltiges und inklusives Wachstum sein, von dem Alle, nicht nur die Städte profitieren werden.